

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.  
Postcheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262  
Postcheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer, Berlin  
Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148  
Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt  
Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

### Der Kapitalismus gerettet?

Der Kapitalismus erlebt seine schwerste Krise: Die Bourgeoisie aller Länder ist ratlos. Sie schlägt mit Armen und Beinen und mit allen Machtmitteln, die ihre Klassenherrschaft ihr in die Hände gibt, um sich. Doch statt aus der Krise herauszukommen, verstrickt sie sich immer tiefer in ihr. Da späht sie aus, ob sie nicht irgendwo einen Halt finden kann. Ein Silberstreifen schon würde ihr genügen. Jetzt um so mehr, als in einer Reihe von Ländern die Marschritte des Proletariats widerhallen. Ihrer gewaltigen Symphonie müssen die Kapitalisten entnehmen, daß die Arbeiterklasse sich nicht in dem Zustand der Ohnmacht fühlt, daß sie unter sozialistischer Führung zusammenströmt, um der Entwicklung zu einer neuen gesellschaftlichen Ordnung die Bahn freizumachen.

Da erst recht steigen die Herren „Wirtschaftsführer“ hernieder, um mit dem Troß ihrer „Wissenschaftler“ das Ende der Weltkrise anzukünden. Triumphierend trompetet es in der bürgerlichen Presse: „Mit dem Gerede vom Ende des Kapitalismus ist es vorbei!“ Mit 100 Laternen ausgerüstet, suchen sie den tiefsten Punkt der Krise und leuchten dabei nach hinten, weil sie meinen, ihn bereits überschritten zu haben. Und dabei wollen sie in Deutschland und in anderen Ländern allerlei Zeichen gefunden haben, die zweifelsfrei auf einen Umschwung in der weltwirtschaftlichen Lage hindeuten.

In Deutschland zum Beispiel machten sie die Entdeckung, daß es nur an der notwendigen finanziellen Nachhilfe fehle, um eine neue wirtschaftliche Konjunktur mit einem mächtigen Ruck anzukurbeln. Da die Bourgeoisie noch immer in dem Motto der großwahn-sinnigen Machtpolitik „Deutschland in der Welt voran“ denkt, wollte sie das neueste Konjunkturrunder des gesunden Kapitalismus als erste zur Schau stellen. Das kostet der Allgemeinheit zwar beinahe drei Milliarden Mark.

Auch anderswo sollte ja der Tiefpunkt überschritten sein. Die internationale Kreditkrise, die im vorigen Jahre zu gewaltigen Geldabzügen aus den kapitalarmen Ländern geführt hatte, sei vorüber. Das Mißverhältnis zwischen der Geldfülle einerseits und dem Kapitalhunger andererseits sei im Ausgleich begriffen. Ganz besonders aber zeigten sich an den Rohstoffmärkten entscheidende Merkmale eines konjunkturellen Aufschwungs. Die Rohstoffvorräte, die in den Krisenjahren sich umheimlich vermehrt hatten, seien im Sinken, die Rohstoffpreise im Steigen. Zu diesen untrüglichen Beweisen der sich ankündenden Überwindung der Krise müsse auch das Steigen der Aktienkurse gezählt werden. Es bestätigte, so deklamierten die kapitalistischen Preisfechter, daß die kapitalistischen Rezepte und der Krisenmechanismus ihr Wunder getan hätten; denn Lohnsenkungen, Zinsverbilligung, Steuererleichterungen u. a. hätten zu einer Herabsetzung der Produktionskosten geführt, dadurch Anreiz zu neuen Kapitalanlagen in der Wirtschaft gegeben und die Produktion wieder profitabel gemacht.

So manches, was da im Funzelleucht der kapitalistischen Wissenschaft blaß schimmerte, ward bei heller Beleuchtung gänzlich unsichtbar. Statt des Ausgleichs der Gegensätze auf dem Kapitalmarkt, erhoben sich die Widersprüche zwischen der gewaltigen Geldfülle in den einen und der anhaltenden Kapitalarmut in den anderen Ländern. Eine Verminderung der Weltvorräte an Rohstoffen konnte man nicht feststellen, wenn man mit Saisonschwankungen keinen Selbstbetrug treiben wollte. An Kupfer, Zink, Silber und Kautschuk sind sie in den Sommermonaten weiter gestiegen.

Die Vorräte an Weizen haben sich unter dem kapitalistischen System zu einer neuen Katastrophe für die Farmer entwickelt. Zu den großen Überschubmengen, die vor allem die Vereinigten Staaten, Kanada und auch andere Überseeeländer liefern, kommen nach der diesjährigen Ernte noch Überschüsse aus Frankreich und Deutschland hinzu. Dabei könnten allein die Vereinigten Staaten den Weizeneinfuhrbedarf der ganzen Welt decken. Die Folge? Die Weizenpreise haben stark nachgegeben; seit 300 Jahren sollen sie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika auf keinen so niedrigen Stand gewesen sein! Auch im übrigen hat der Preisauftrieb für Rohstoffe nachgelassen, ebenso wie sich inzwischen die Aktienkurse nach einer Hausse wieder zurückentwickelt haben.

Es waren recht kurzlebige Hoffnungen, die die Spekulation auf den Rohstoffmärkten hervorgerufen hatten. Ein Blick noch auf den Produktionsindex: Im Vergleich zum Juni hat da im August in den Vereinigten Staaten eine geringe Steigerung von 0,8 vH und außerdem noch in England stattgefunden. In Deutschland und anderen Ländern hat der Rückgang angehalten. Das allgemeine Bild lehrt dies: Das Eingreifen in die Krise mit den alten Methoden hat die kapitalistische Rentabilität der Produktion nicht wieder herstellen können.

Die ganze Erde ist zwar zum Schauplatz eines Handelskrieges geworden, wie ihn die Menschheit noch nicht gesehen hat. Aber soviel neue Kampfmaßnahmen auch jede Woche hinzukommen, so sehr damit von allen Seiten her den „heimischen“ Wirtschaften geholfen werden soll, dieser Handelskrieg bekommt nur einer

kleinen Schicht von Kapitalisten wie eine Badekur. Im Welthandel und in der Weltwirtschaft richtet er nur ungeheure Zerstörungen an und bewirkt dynamisch eine weitere Verschärfung der Weltkrise.

Kein Wunder, daß darum auch die politische Befriedung der Welt, die als Voraussetzung zur Lösung noch schwebender Fragen, zur Überwindung der Vertrauens- und der allgemeinen Krise anerkannt ist, nicht einziehen will. Obgleich es den Völkerbund und den Kellogg-Pakt gibt, Lausanne beinahe das Ende der Reparationen gebracht und der internationale Urlaub vom Schuldenzahl schon eineinhalb Jahre andauert — die politische Luft ist bis zum Platzen geladen. Hinter täuschender Maske verbirgt der Kapitalismus die Entschlossenheit, zuletzt gewaltsam eine „Lösung“ zu erzwingen, mögen auch Bürgerkriege und Völkerkriege

hohe Leichenberge auftürmen und ein Meer von Menschenblut sie umspülen.

Noch sind es Scharmützel, die den Bürgerkrieg in europäischen Ländern, die einen neuen Weltkrieg ankünden! Noch predigt die Bourgeoisie, daß ihr System die Wirtschaft erneut entfalten, weiterentwickeln und die menschliche Gesellschaft höhertragen werde. Aber die Gesetze ihres eigenen Systems müssen alle Besserungstendenzen zerstören. An jedem Tage, an dem sie weiter wirksam sind, werden sie den proletarischen Massen der Welt die nackten Lebensmöglichkeiten vernichten.

Die Aussicht auf völliges Versinken in den bodenlosen Sumpf des Kapitalismus muß die revolutionären Kräfte beflügeln, muß die Rettung durch den Sozialismus zur Aufgabe der Tagesarbeit des gesamten Proletariats machen. Bei Strafe neuer schwerer Niederlagen kann die sozialistische Arbeiterbewegung dem Kapitalismus keine „Chance“ mehr geben! Lohnraub und Sozialreaktion, Zollwucherpolitik und Steuerräuberei heischen die organisierte proletarische Gegenaktion. F. B.

### Kehrt Papen wieder?

Vor acht Tagen haben wir hier dem Kabinett der Barone so herzlich, wie es sich für uns geziemt, Lebewohl gesagt, ohne dabei zu übersehen, daß schwerlich etwas Besseres nachkommt. Die ganze Woche ist nun über die Bildung einer neuen Regierung gehandelt worden. Das Ergebnis scheint jetzt, wo diese Zeilen in Druck gehen, zu sein, daß uns das unvergeßlichste aller Kabinette weiter beglücken wird, womit jedoch nicht gesagt werden kann, ob es wiederum den scharmanten Herrn von Papen als Spitze haben wird.

Der Herr Reichspräsident hatte den nationalsozialistischen Führer Hitler wegen der Neubildung der Regierung zu sich gerufen. Da der Oberosaf sich die Fähigkeit zutraute, eine Regierung auf parlamentarischer Grundlage bilden zu können, hatte er den Auftrag dazu erhalten. Also: der Möchtegern-Diktator als Demokrat!

Der Oberosaf und seine Getreuen haben sich vier Tage lang mit dem Auftrag abgequält, einen langstieligen Briefwechsel mit dem Hause des Reichspräsidenten geführt, um schließlich unter allerhand Ausreden und Verbrämungen zu offenbaren, daß er unfähig ist, den Auftrag zu erfüllen. Mit den in Frage kommenden Parteien über die Regierungsbildung zu verhandeln, hat der Oberosaf ganz unterlassen. Daß er gewußt hat, warum, das kann man ihm schließlich noch zutrauen. Anstatt eine parlamentarische Regierung zu bilden, hat Hitler dem Reichspräsidenten zu guter Letzt vorgeschlagen, dieser möge ihn „ohne Vorbehalte und ohne vorherige Feststellung einer Reichstagsmehrheit mit der Bildung einer Regierung betrauen und dieser die Präsidialvollmachten zur Verfügung stellen“.

Aus diesem Hitlerschen Vorschlag geht hervor, daß Hitler noch immer nicht begreifen will, welche Rolle ihm die kapitalistische Oberschicht zugeteilt hat. Der Oberosaf verlangt die Präsidialvollmachten, um dann, einmal an der Macht, den anderen Parteien und Volksschichten ein Tänzchen aufzuspielen, wie es von den aufbauwilligen Kräften entsetzlich gut bekannt ist. Die hohe Gönnerschaft des Nationalsozialismus wünscht zwar, diesen als Schutzgarde zu erhalten, aber ohne ihn in eine Lage kommen zu lassen, wo er der Oberschicht gefährlich werden kann. Die Oberschicht will allein herrschen, der „böhmische Gefreite“ soll ihr dienen. Da nun aber der „böhmische Gefreite“ sich noch immer als „Führer“ der deutschen Nation aufspielt, ist ihm abermals ein Dämpfer aufgesetzt worden. Man hat ihm daher die Bildung einer parlamentarischen Regierung, eines Koalitionskabinetts, zugeschoben, das dem weisen Oberosaf selbst leicht möglich schien, gleichzeitig aber haben ihm die dafür in Frage kommenden Parteien die kalte Schulter gezeigt. So hatte man den großen Führer in der von ihm selbst gestellten Falle. Er wollte sich dann daraus befreien mit dem Verlangen nach einem Präsidialkabinett mit weitgehenden Vollmachten. Die aber gerade gibt die Oberschicht nicht einem „böhmischen Gefreiten“. Der große „Führer“ steht

nun garstig blamiert auf weiter Flur. Die schöne Hoffnung auf die Staatskrippe ist abermals dahin.

Mit der parlamentarischen Regierung wird es, wie vorausgesehen war, wiederum nichts, besonders deswegen nicht, weil die Kräfte, die sie erzwingen können, fehlen. Man wird daher wieder mit einem sogenannten Präsidialkabinett zu rechnen haben, in dem die Oberschicht das beste Mittel zur Erfüllung ihrer Lebensmöglichkeiten sieht, die darin besteht, die Arbeiterklasse nach wie vor kräftig zu schröpfen, weil sie kein anderes Mittel weiß, die bankrotte kapitalistische Gesellschaft weiter zu schleppen.

Bei jeder der Wahlen haben die nationalen Parteien uns millionenfältig zugesichert, daß sie nur das Wohl des Vaterlandes bewege; jede dieser Parteien hat heilig beteuert, daß sie in erster Linie fähig sei, das Volk aus seinem Elend zu erretten. Nach der Wahl aber haben alle diese Parteien ihre großen Worte vergessen. Wäre es anders, sie müßten sich über alle kleinsten Bedenken hinweg einträchtiglich zusammenfinden, um die entsetzlichen Nöte des Volkes zu mildern. Statt dessen treiben sie einen unergötzlichen Handel, wobei als erster Beweggrund in die Augen schlägt, ein möglichst fettes Partei- und Klassengeschäft zu machen. Keine von diesen Parteien denkt daran, das Vaterland zu retten, sondern sich selbst zu retten, das heißt, möglichst viel Gewinn aus dem aus tausend Wunden blutenden Volke zu pressen.

Angesichts alles dessen ist an eine Wendung zum Besseren in wirtschaftlicher wie politischer Hinsicht nicht zu denken, vorderhand wenigstens nicht. Allein, die Verschiebung im Untergrund dieser Gesellschaft geht unausgesetzt weiter. Noch mehr Teile des Bürgertums werden ins Proletariat getrieben. Andererseits geht bei den Millionenhaufen neuer Proletarier ein geistiger Wandel vor sich. Sie haben begonnen, politisch zu denken. Sie haben angefangen, ihre Illusionen über den Nationalismus und Kapitalismus zu verlieren: aus den Proleten werden richtige Proletarier.

In welchem Tempo sich dieser Wandel vollzieht, wird sich nächstens wieder zeigen. Denn es ist, wenn nicht alles trügt, bald wieder mit einer Reichstagswahl zu rechnen. Die Verschiebung im Grundgefüge der Gesellschaft und der geistige Wandel der neuen Proletarier hat eine Auflockerung der jetzt erstarrten politischen Fronten im Gefolge. Und hieraus spricht, wie man föhlich erwarten kann, eine Verschiebung des Machtverhältnisses auf politischem Felde.

So dunkel, so verzweifelt, so reaktionär erstarrt es zur Stunde auch aussieht, das Rad der Zeit rollt nach wie vor. Die Auflösung der kapitalistischen Gesellschaft schreitet weiter fort. Die Mächte, die uns in diese entsetzliche wirtschaftliche wie politische Erstarrung gebracht haben und darin halten wollen, zerkrümeln. Hieran wird auch das nächste Kabinett, wie es auch zusammengesetzt sein möge, tüchtig mitschaffen. Es kann nicht anders.

### Der Rundfunk entscholtzt

Der landweite Protest gegen die Verhöhnung des Rundfunks hat den ersten Erfolg zu verzeichnen. Der Rundfunkkommissar Scholz ist gegangen worden mit dem Dank des Ministers von Gayl „für die hingebende und erfolgreiche Arbeit bei der Neuordnung des Rundfunks“. Hingebend war die Arbeit des Scholz in der Tat, und erfolgreich auch. Zum ersten ist durch die Tätigkeit dieses Kommissars den Rundfunkhörern in Deutschland wie denen im Auslande wirksam zu Gemüte geführt worden, wer in Deutschland regiert und was man von dieser Regierung zu gewärtigen hat. Tag für Tag mit Militärmärschen angeplärrt zu werden, kann den geduldigsten Hörer nicht teilnahmslos lassen. Und wer in dem anderen Teil des Programms Erleichterung suchte, wurde gewahrt, daß auch hier der Scharm der Feldweibelhand waltete. Der Rundfunkkommissar hantierte im Gebiet des Äthers, wie seine hohen Gönner auf dem Gebiete der Politik und der nationalen Konzentration. Viele Hörer zu beiden Seiten der deutschen Grenze stellten ab. Die Zahl der Hörer ging reißend zurück, und damit die Einnahmen der Post.

Bevor uns der Herr Scholz beglückte, war der deutsche Sender in ganz Europa beliebt. Die ausländischen Funkzeitungen brachten sein Programm ausführlich. Seine Musikvorträge wurden gerne abgehört, seine Hörspiele desgleichen. Bot er doch unzähligen Ausländern die leichte Möglichkeit, sich in der deutschen Sprache zu vervollständigen. In manchen Ländern war man dabei, Hörergruppen für die Erlernung der deutschen Sprache zu bilden, um sich durch die Funkvorträge von unterschiedlich gesinnten Rednern über die deutschen Verhältnisse

zu unterrichten. Insonderheit waren im Auslande, ganz natürlich, die sozialen Vorträge des deutschen Rundfunks begehrt.

Mit dem Erscheinen des Herrn Scholz hörten die beehrten Musik- und sozialen Vorträge auf. Und wenn man soziale Hörspiele ja noch duldete, waren sie dermaßen zensiert, daß sie weder Fisch noch Fleisch waren. Dafür aber kam ein nationalistisch verkrüppeltes Programm mit entsprechender Blechmusik. Hierfür aber war den ausländischen Hörern Zeit und Ohr zu lieb. Man stellte ab. Die die deutsche Sprache pflegenden Gruppen lösten sich wieder auf und suchten bei anderen Sendern nach Erfüllung ihrer Wünsche. So hat sich denn der Rundfunkkommissar tatsächlich sehr erfolgreich um das angekündigte Reich der Kraft und der Herrlichkeit seiner

#### Aus dem Inhalt

Der Kapitalismus gerettet? — Kehrt Papen wieder? — Der Rundfunk entscholtzt	289
Raub der Arbeitergroschen — Der Unfug mit dem FAD	290
156 000 Arbeitslose mehr	290
Zigaretten mit Zinssoldaten — Die Gesellschaftskutsche	291
Die Kommunisten fabrizieren sich Siege — Ergebnisse unserer Verbandstätigkeit	292
Das neue Arbeitsgesetzbuch in Mexiko — Was man vom Kriege nicht wissen soll	293
Schriftenscha	294

# Raub der Arbeitergrotschen

Viele Leute sind der Meinung, daß bei uns noch eine regelrechte Arbeitslosenversicherung bestände. Dies ist entschieden irrig. Gewiß besteht dem Namen nach etwas ähnliches. Aber von der Arbeitslosenversicherung, wie sie ursprünglich bestand, ist verdammt wenig übrig geblieben. Versuchen wir einmal kurz darzustellen, wie sich die Verhältnisse bei der Arbeitslosenversicherung gewandelt haben.

Die Leistungen der Versicherung sind dem Nullpunkt nahegekommen. Die Unterstützungsdauer wurde von 26 auf 6 Wochen verkürzt. Durch die fast völlige Gleichmachung der Unterstützungssätze, durch Streichung in den oberen Lohnklassen usw. wurde die Entrechtung weiter vervollständigt. Ein raffiniertes Ortsklassensystem sorgt dafür, daß zwischen den einzelnen Orten erhebliche Unterschiede bestehen, die keineswegs gerechtfertigt sind. Der größte Schlag gegen den Versicherungsgedanken wurde dadurch geführt, daß nach der sechsten Unterstützungswoche Leistungen nur gewährt werden, wenn die Hilfsbedürftigkeit erwiesen ist. Die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit wird streng gehandhabt. Wenn irgend ein Verwandter noch in Arbeit und Brot steht oder ein geringes Sparguthaben vorhanden ist, ist der Betreffende nicht mehr unterstützungsbedürftig und wird abgewiesen. Ehefrauen, Jugendliche, Inhaber von einem Stückchen Land oder irgend eines Besitztums müssen sich noch weitere Beschränkungen gefallen lassen.

Doch damit nicht genug. Hat ein Arbeitsloser alle diese Klippen übersprungen, so ist sein Unterstützungsanspruch noch lange nicht gewährleistet. Hat der Unternehmer die Beiträge nicht richtig abgeführt, so kann der Arbeiter seines Unterstützungsanspruches verlustig gehen. Verschlechterungen wirksamer Art liegen ferner darin, daß die Anwartschaft für die erstmalige Unterstützung verdoppelt wurde. Außerdem verlängerte man die Wartezeit und die Sperrfrist erheblich. Renten und sonstige Entschädigung werden in höherem Maße in Anrechnung gebracht. Krankheitstage unterbrechen die Anwartschaft. Dagegen laufen die Unterstützungswochen sofort ab, wenn der Arbeitslose einmal einen kleinen anzurechnenden Gelegenheitsverdienst gefunden hat. Die Krankenversicherung der Arbeitslosen ist keineswegs allen gewährleistet. Diejenigen, die als nicht hilfsbedürftig anerkannt wurden und infolgedessen keine Unterstützung beziehen, genießen nicht mehr den Schutz einer Krankenversicherung, es sei denn, wenn sie sich selbst weiterversichern. Auch Jugendliche verfallen diesem Schicksal.

Das sind einige Beispiele, wie der Arbeitslose infolge der reaktionären Einstellung der verflissenen Regierung entrechtet wurde. Die Arbeitslosenversicherung verdient diesen Namen auch deshalb kaum mehr, weil trotz dieses riesigen Abbaus die kolossale Beitragshöhe von 6% vH bestehen geblieben ist.

In Nr. 47 der Gewerkschafts-Zeitung bringt Dr. Bröcker stichhaltiges Material dafür, wie die Beitragseinnahmen bei der Arbeitslosenunterstützung verwandt werden. Das monatliche Beitragsaufkommen beträgt gegenwärtig etwa 83 Millionen M. Davon werden nur 12,5 Mill. M oder etwa 15 vH für wirkliche Versicherungsleistungen verausgabt. Die Mittel der Arbeitslosenversicherung werden zu allen möglichen Zwecken verwandt. Zu einem erheblichen Teil dienen sie der Finanzierung der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge. Die gesamten Kosten für die Durchführung der Lohnabbauverordnung vom 5. September 1932 wurden der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung aufgebürdet. Der Arbeiter bezahlt also die Verwaltungskosten für den Abbau seines Lohnes. Die Mittel der Reichsanstalt werden auch zur Arbeitsbeschaffung herangezogen. Die Reichsanstalt ist deshalb verurteilt, Beiträge für Zwecke zur Verfügung zu stellen, die aus allgemeinen Steuermitteln gedeckt werden müßten. Die Kosten für den Freiwilligen Arbeitsdienst sollen hinfort ebenfalls von der Reichsanstalt bestritten werden. Man bedenke, daß zu dem Personenkreis des FAD auch Leute gehören, die niemals einen Pfennig zur Arbeitslosenversicherung aufgebracht haben.

Die Verwendung der Mittel der Arbeitslosenversicherung wächst nachgerade zu einem öffentlichen Skandal aus. Die Beitragsleistung ist derart hoch, daß mit diesen Mitteln eine weitgehende Unterstützungsleistung gewährt werden könnte. Statt dessen sehen wir, daß diese Mittel den Arbeitslosen vorenthalten und allen möglichen Zwecken dienstbar gemacht werden.

Mit der Plünderung der Sozialversicherten wurde unter der Kanzlerschaft des Zentrumschrsten Brüning der Anfang gemacht; sie wurde verschärft unter der Kanzlerschaft des Zentrumschrsten von Papen. Wenn uns nun noch ein Zentrumschrst als Kanzler beschert sein sollte, dann werden alle Sozialversicherten nur noch die hohen Beiträge zu entrichten haben, aber gar nichts mehr dafür bekommen, weil dann die hohe Obrigkeit alle Beitragsgrotschen für andere Zwecke braucht. Die armen Teufel von Erwerbslosen, Kranken und Invaliden müssen sich dann mit dem Bewußtsein trösten, daß sie nun der wahren christlichen Volksgemeinschaft teilhaftig sind.

Mit aller Entschiedenheit müssen wir uns gegen diesen Raub von Arbeitergeldern wenden. Man bedenke, wie schwierig es heute ist, von dem geringen Verdienst dauernd hohe Beiträge zu leisten. Wenn diese Mittel ganz zur Unterstützung der Arbeitslosigkeit verwandt würden, könnte man sich damit einverstanden erklären. Wie wir aber sehen, werden sie in alle möglichen Kanäle geleitet. Es ist hohe Zeit, daß mit diesem Skandal Schluß gemacht wird.

## Wie der Regierungsrat Hitler sein Gehalt verdient

Der Volksfreund in Braunschweig kommt auf das Interview des braunschweigischen Regierungsrats Hitler mit einem Vertreter des Pariser „Oeuvre“ zu sprechen, worin dieser dem französischen Journalisten gegenüber erklärte: „Ich bin unabhängig in jeder Richtung. Ich brauche kein Geld; ich verdiene genug mit meinen Büchern, jedenfalls mehr als ich ausgeben kann.“ Anknüpfend hieran stellt der Volksfreund fest, daß Hitler vor einem Jahr mit der ausdrücklichen Verpflichtung seinen Posten als Regierungsrat in Braunschweig erhalten hat. Arbeitsaufträge für das Land heranzuziehen. Statt dessen habe Hitler bis heute keine Minute Dienst getan. Andererseits sei die Zahl der Arbeitslosen in Braunschweig weiter angewachsen. Im Gegensatz zu allen anderen Beamten brauche der Regierungsrat Hitler von seinen Nebeneinkommen nicht einen Pfennig abzuführen.

Soweit das Braunschweiger Blatt. Nun stelle man sich einmal vor — was allerdings ganz unvorstellbar ist —, ein sozialdemokratischer Bürger mit einem hohen Privateinkommen habe noch ein staatliches Fetämütchen inne und bezöge dafür ohne einen Streich zu machen 6000 Mark im Jahr. Da würden sich die nationalsozialistischen Schreimaschinen wund gefiern über die fettlebenden Boazen, die Bergwerks-Zeitung würde über schamlose Vergewaltung von Staatsgeldern zetern, die Vereinigung der Arbeitgeberverbände würde eine Abordnung zwecks Protest in Schwung bringen (nebenbei sich gleich erkundigen, wie es mit Subventionen steht). Jetzt aber, wo es sich um den schwerreichen Oberosaf handelt, schweigen die Nazi-Blätter, ist die Bergwerks-Zeitung stumm und die Arbeitgeber-Vereinigung spielt die Wauze. Warum wohl?

Billige Frauennarbeit wird in steigendem Maße verlangt. (Zeitungsmeldung.)



Der einzige Brotverdieez

## 156 000 Arbeitslose mehr

Durch das Wirtschaftsprogramm des Herrn von Papen sollten 1 1/2 Millionen Erwerbslose Beschäftigung und Brot finden. Es gab und gibt vielleicht heute noch Leute, die an diese Weisung glauben. Ihr Glaube wurde gestärkt durch allerhand Zahlenkunststücken und, wie nicht verschwiegen werden soll, durch geringfügige Neueinstellungen. Der neueste Bericht der Reichsanstalt jedoch ist geeignet, jede Illusion über die günstige Auswirkung des Wirtschaftsprogramms zu zerstören. In der Zeit vom 1. bis 15. November stieg die Zahl der angemeldeten Arbeitslosen von 5 109 000 auf 5 265 000 Personen. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit beträgt also 156 000.

Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes beruht auf saisonmäßigen Einflüssen infolge des Eintritts winterlichen Wetters. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt entwickelte sich im Herbst 1931/32 wie folgt:

	Millionen Erwerbslose	
	1931	1932
30. September . . . .	4,35	5,10
31. Oktober . . . . .	4,62	5,10
15. November . . . . .	4,84	5,26

Gewiß ist die Zahl der angemeldeten Erwerbslosen von Ende September bis Mitte November 1931 um 489 000, in den vergangenen sechs Wochen aber nur um 164 000 Personen gestiegen. Aber einmal wird hierbei viel zu wenig berücksichtigt, daß im Baugewerbe schon im August dieses Jahres 77,3 vH der organisierten Arbeiter beschäftigungslos waren und in der gesamten Saisongruppe 74,8 vH. In diesem Spätherbst mußte also der Zustrom neuer Erwerbsloser aus den Saisonberufen von vornherein viel geringer sein als im Jahre 1931, wo die Arbeitslosigkeit in diesen Berufen auch nicht annähernd einen so verheerenden Umfang angenommen hatte wie im vergangenen Sommer.

Wenn einige Industrien eine tatsächliche Besserung der Beschäftigung und des Absatzes aufweisen, so hat auch diese kleine Teilbewegung kaum etwas mit dem Papen-Programm zu tun, sondern diese Besserung stellt nur eine natürliche Entwicklung nach Überwindung des Krisentiefpunktes dar. Aber auch diese teilweise Besserung bildet für den Arbeitsmarkt keine Stütze, wie die Novemberziffern zeigen, denn zunächst gehen die besser beschäftigten Werke dazu über, die Kurzarbeit, die auf den Lebensstandard der beschäftigten Arbeiter fast schon in demselben Maße drückt wie Arbeitslosigkeit, abzubauen.

Es ist wahrscheinlich bis zur Gewißheit, daß selbst in dieser Zunahme der Arbeitslosen noch nicht die ganze Größe der Ausdehnung der Arbeitslosigkeit ausgedrückt ist. Denn es fallen immer mehr Unbeschäftigte, weil angesteuert, sich nicht mehr melden, aus der amtlichen Statistik. Wieviel es ihrer sind, läßt sich nicht sagen. Jedenfalls ist als sicher anzunehmen, daß die Regierung der Barone auf wirtschaftlichem Gebiet nichts gebessert hat.

## Wie die Rüstungsindustrie verdient

Das größte Industrieunternehmen Frankreichs, die Firma Schneider, ist zugleich der Kanonen- und Munitionslieferant der ganzen Welt. Kürzlich wurde der Bericht für das abgelaufene Geschäftsjahr veröffentlicht. Nach umfangreichen Abschreibungen wurde ein Reingewinn von 25,5 Mill. Francs gegen 26,1 Mill. im Vorjahre erzielt. Die glücklichen Aktionäre dieser Firma erhalten eine Dividende von 25 vH. Kein Wunder, daß angesichts solcher Riesenverdienste die Rüstungsfirmen allorts sich nach einem solchen Geschäft sehnen. Der Abrüstungsgedanke wird deshalb von dieser Seite dauernd torpediert.

hohen Gönner verdient gemacht. Nicht minder um ihr Wirtschaftsprogramm.

Wie vielleicht noch erinnerlich sein dürfte, war der Hauptzweck des Programms die Neueinstellung von Leuten in nützliche Tätigkeit. Auch daran wollte der Herr Rundfunkkommissar wacker mitschaffen. Zu diesem Behufe brachte er eine Reihe von Neulingen im Rundfunk unter. Gewiß war bei den von dem Kommissar eingestellten Leuten das Verständnis für die Erfordernisse einer gediegenen Rundfunkdarbietung gering. Das Manko aber ersetzten sie durch ihr Talent, den derzeit wehenden politischen Wind zu erkunden. Natürlich nicht für Gottes Lohn. Sie mußten ihrem Talent entsprechend bezahlt werden, und die anderen, die sie verdrängten, konnten auch nicht gehaltlos auf die Straße gesetzt werden. Außerdem bemühte sich der Herr Scholz, sich seiner großen Verdienste bewußt, um ein Gehalt, das „die Höhe eines Staatssekretärsgehalts erreichen“ sollte.

Das alles verlangt selbstverständlich Geld, viel Geld. Aber gibt nicht die Regierung für die Belebung der Wirtschaft ein paar Milliarden aus? Was konnte da die viel kleinere Summe verschlagen, die Herr Scholz für die Vermehrung der Neueinstellungen verwendete?

Den Mann, der sich dermaßen erfolgreich für die Verbreitung des Deutschtums im Auslande und für die Verwirklichung des Wirtschaftsprogramms als auch für die geistige Belebung der deutschen Hörer bemühte, diesen Mann haben wir nun verloren. Man wird verstehen, daß ihn der Herr Reichsinnenminister des besonderen Dankes für würdig hielt. Der Rundfunkkommissar hat mehr als ein anderer zur Abrundung des Bildes der Regierung der Barone und ihrer Politik beigetragen. Daß er sich weiter für außerordentliche Dienste bereit hält, muß man von einem so geschäftstüchtigen Manne als selbstverständlich halten.

Wer kann den mit ministeriellem Dank Abgedankten ersetzen? Wer wird ihm nachfolgen? Der Nachfolger wird es schwer haben, den unvergleichlichen Erfolg des Herrn Scholz zu erreichen. Ehe der Ruf des deutschen Senders wieder errungen ist, wird es vieler Mühe und Zeit bedürfen.

## Der Unfug mit dem FAD

Unsere mehrfach ausgedrückte Befürchtung, daß der Freiwillige Arbeitsdienst zu einer Schundkonkurrenz gegen den Tariflohn mißbraucht werde, bestätigt sich prompt. Es werden immer mehr Arbeiten in dem sogenannten Freiwilligen Arbeitsdienst hergestellt, die mit Gemeinnützigkeit und Zusätzlichkeit nicht das geringste gemein haben. Die Gemeinden, Unternehmer und Industriellen mehren sich, die aus den Knochen der Arbeitsdienstfreiwilligen Profit schinden. Wie weit der straffällige Unfug schon gediehen ist, beleuchtet eine Erhebung des Baugewerksbundes. Daraus geht hervor, daß in 40 Orten bei der Errichtung von etwa 4000 Siedlerstellen bei einer Gesamtbeschäftigtenzahl von 7500 allein 3000 Baufacharbeiter ihre Arbeitskraft im „freiwilligen“ Arbeitsdienst hergeben. Weitere 800 Baufacharbeiter werden im Fürsorge-Pflichtarbeitsverhältnis beschäftigt.

Diese Zahlen mögen klein vorkommen; sie nehmen aber sofort ein sehr ernstes Gesicht an, wenn man sich einige Einzelfälle vor Augen führt. In Ostpreußen werden zum Beispiel allein 119 Siedlungen im Wege des Freiwilligen Arbeitsdienstes errichtet; darunter befinden sich Hochbauten, von denen der Präsident der Reichsanstalt immer wieder erklärte, daß ihre Errichtung dem freien Arbeitsmarkt vorbehalten bleiben müsse. Priesterseminare, Jugendheime, Wirtschaftsgebäude, Wohnhaus- und Stallgebäude — solche Hochbauten werden heute in vielen Gegenden des Reichs durch den Freiwilligen Arbeitsdienst, also unter Umgehung der tarifvertraglichen Lohn- und Arbeitsbedingungen gebaut. Bei hundert Siedlerstellen im Gebiet der Stadt Gleiwitz waren neben 122 Baufacharbeitern noch zahlreiche Fürsorge-Pflichtarbeiter im FAD mit baugewerblichen Arbeiten beschäftigt. Bei Nassiedel werden an einer Kreisstraße 40 Baufacharbeiter als Pfisterer im FAD beschäftigt. In der Amtshauptmannschaft Zittau wird sogar eine Badeanstalt im Werte von 350 000 M durch den FAD gebaut. Unter tausend Beschäftigten an den Siedlerstellen in Bemerode bei Hannover befinden sich 208 Baufacharbeiter im FAD und 350 Baufacharbeiter im Fürsorge-Pflichtarbeitsverhältnis.

So oder ähnlich liegen die Verhältnisse bei sämtlichen 4000 Siedlerstellen, die von der Umfrage des Baugewerksbundes erfaßt wurden. Unter 200 Arbeitsdienstlern in Münster i. W. wo ebenfalls Hochbauten durch den FAD angeführt werden, befinden sich allein 120 Baufacharbeiter. Unter 1370 Beschäftigten bei der Errichtung von Siedlungen in München sind unter 1400 Arbeitern 400 Baufacharbeiter im FAD beschäftigt, in Heidelberg 102 und in Mannheim 198.

Auch jede Notstandsarbeit muß dazu herhalten, die elende Lage der Bauarbeiter noch mehr zu verschlechtern. Obwohl die Bauarbeiterlöhne gramam tief gesunken sind, machen zuständige Stellen von ihrer Befugnis, bei Notstandsarbeiten die Löhne senken zu können, Gebrauch. Der Tiefbauarbeiterlohn betrug im Reichsdurchschnitt die Stunde 55,7 Pf. und für Orte unter 50 000 Einwohnern sogar nur 48 Pf., was unter Berücksichtigung von Regen- und anderen Ausfalltagen etwa einem täglichen Arbeitsverdienst von 4 M entspricht. Diese Löhne werden bei Notstandsarbeiten nun noch um 10, 20, ja sogar bis zu 30 Pf. die Stunde durch Anordnung gesenkt.

Die Spitzenorganisation der Gewerkschaften haben das Reichsarbeitsministerium auf diese umhaltbaren Zustände hingewiesen. Sie fordern die Aberkennung der Gemeinnützigkeit und Zusätzlichkeit im Sinne des § 139 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes für Facharbeit im Siedlungsbau, für Neu- und Unterhaltungsarbeiten der Gemeinden. Für diese Arbeiten muß der Freiwillige Arbeitsdienst und die Fürsorge-Pflichtarbeit unbedingt ausgeschaltet werden. Die Vergütung von Aufträgen für solche Arbeiten muß dem freien Arbeitsmarkt gesichert werden. Ebenso muß der unzulässige Druck, durch Sperrlisten einen Unterstützungsbezieher zur Annahme von Arbeit im FAD zu zwingen, aufhören.

Nun noch ein paar Worte über die Freiwilligkeit des Arbeitsdienstes. Die Bezeichnung „freiwillig“ klingt an vielen Orten oder bei vielen Arbeitern längst schon wie ein Hohn. Wenn Arbeiter mit dem Entzug der öffentlichen Unterstützung gedroht wird, wenn sie nicht zum FAD gehen, so wird dieser Dienst zum Zwangsarbeit ohne weiteres Beiwort. In der Tat wird Freiwilliger Arbeitsdienst immer allgemeiner Zwangsarbeit huckstabielt.

## Keine Senkung der Lebenshaltungskosten

Nachdem mit dem 30. Juli in der Industrie das Verbot der Kartellpreiserhöhungen abgelaufen ist, machen sich bereits die Kartelle wieder mit Preiserhöhungen bemerkbar. Wir weisen nur auf die bereits erfolgten Preiserhöhungen der Kartelle der deutschen Motorradindustrie, der Eiswerke, der Zelluloseindustrie, der Porzellanindustrie und der Treibstoffgeschäfte hin. Der sich abzeichnende Preismarsch zeigt sich auch in der Entwicklung der Lebenshaltungskosten, deren sinkende Tendenz im Oktober d. J. so gut wie zum Abschluß gekommen ist. Wie wir der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ entnehmen, ist die Reichsindexziffer der Lebenshaltungskosten im Oktober 1932 mit 119 gegenüber dem Vormonat mit 119,4 beinahe unverändert geblieben. Für Milch, Butter, Eier, Kalbfleisch und Heizstoffe zeigte sich sogar im Oktober gegenüber dem Vormonat ein leichtes Ansteigen der Preise.

# Stahlbad Anno 17

Kriegsroman von Peter Riss

Copyright 1930 by Poeschl-Verlag GmbH, Hamburg-Bergedorf

Jetzt spricht Adamczik mit ihm. Seit dem Abschied am Berliner Bahnhof ist Adamczik um zehn Jahre älter geworden... Er wischt mit einer Feldmütze Bossin den Schweiß von der kalten Stirn: „Hermann... wenn du nu zu Muttan kommst... det kann ja lange dauern mit dir, denn... denn jehste mal in Berlin in die Kantstraße Numma zweeundvierzig vor, wat... jehste zu meiner Mutta un zu Paula... und denn schreibste mir gleich, wie't ihnen jehst. Jriiß se alle villemal...“

„sag ihnen nich, wat... wat... hier los is... det soll se nich wissen... Hermann, versich... mir det... hörste... Hermann... nicht sagste ihnen davon... jib mir dein Wort...“ Bossin nickt schwach mit dem Kopf und wendet sein Gesicht ab — der Kleine ist etwas ruhiger, „sagst ihnen, et jet mir jut... die Paula darf sich nich uffreien von wejen det Kind... det jehst allens uffs Kind, wechste... ick käme ooch bald uff Urlaub...“ Und nun nimmt er einen kleinen Briefumschlag, eng zusammengefalet, zieht die Decke etwas von Bossins Oberkörper, nestelt dessen Brustbeutel hervor und legt den kleinen Umschlag hinein, fest den Beutel zusammenschnürend. „Det is die letzte Löhnung aus Balin, die ha'ck vajessen, Paula'n zu jeben, Hermann... jib se der Paula, se soll sick wat Jutes davor kooften... ooch'n warmet Hemde... un se soll mir jleich schreim... Hermann, verjiß det nich... du kommst sicha nach Balin ins Lazarett... mußst saren, det de nach Berlin willst, Hermann... un denn schreibste mir mal, wat?“

Zwei Krankenträger poltern herein, fremde Gesichter, sie drängen uns wortlos zur Seite, fassen die Bahre an, einer vorn, einer hinten, heben hoch und tragen die leichte Last hinaus in den Sanitätswagen...

Bis zum offenen Verschlag gehen wir mit, ich fühle plötzlich die Kälte nicht mehr, obwohl ich nur den Mantel überhabe und meine anderen Stücke im Bündel, das schon gefroren ist, unter dem Arm trage. Ich bin von einem sekundenslangen Glücksgefühl durchströmt... mir ist, als kämen mit diesem Kameraden, der seit dem ersten Antreten alle Leiden mit uns teilte und der jetzt erlöst ist, als kämen wir alle mit ihm nach Haus... Er trägt unsere Sehnsucht mit sich fort...

Kaum haben wir noch Zeit, ihm die Hand zu geben... die Krankenträger haben kein Verständnis für uns, sie behandeln uns wie kleine Jungs und nicht wie Soldaten, die mehr Grauen in ihrer Brust herumtragen als sie selbst vielleicht.

Der Wagen poltert fort. — In der Scheune auf einem Holzblock sitzt der kleine Adamczik und stiert vor sich hin. Welch ein Unterschied mit ihm zwischen damals und jetzt. Er liest keine „Lord Percy Stuart-Romane“ mehr... er spielt nicht mehr mit Geduldspielen; ich erschrecke, als ich daran denke, wie furchtbar diese Zeit ist, wie sie in wenigen Monaten aus spielenden Kindern sorgende, ernste Männer macht...

Ich hoffe tief, daß Bossin mit seiner schweren Ruhr heim kommt und Adamcziks Grüße bestellen kann, damit Paula sich eine kräftige Suppe und ein warmes Hemd kaufen kann...

Heute morgen haben wir endlich jeder etwas Opium gegen die Ruhr bekommen. Danach haben wir einige Stunden auf dem Stroh in unserer Scheune gelegen und die letzten Speisereste ausgebrochen. Es stehen große Eimer in den Ecken; darauf hocken wir abwechselnd, halten uns die Leiber im Schmerz. Es geht uns dann endlich etwas besser, jedenfalls haben die furchtbaren Ausscheidungen aufgehört. Es ist unglaublich, wie schnell sich unsere geschwächten Körper wieder erholen. Oder ist es nur unser Lebenswille, der jetzt, da wir den Granaten für kurze Zeit entkommen sind, hoffnungsfroh wieder aufflackert?

Sogar ein Sanitärer ist im Ort. Er kommt mit der Küche zu uns, die dicke Graupen, sogar mit Fleisch und Kartoffeln gekocht, verteilt. Wir stopfen in unsere vollkommen leeren Mägen hinein, was hineingeht, schlingen im Heißhunger, verbrennen uns die Lippen, man hört schon wieder hier und dort ein Scherzwort, wir glauben noch nicht so recht an das „Gute“, in unseren Gesichtern ist noch die Spannung der Todesangst, allmählich löst sich der starre Ausdruck, in die aschfahle Haut zieht manchmal ein rötlicher Schimmer... Nur wenn jemand in aufschreckender Erinnerung etwas vom Sturm oder Sperrfeuer der letzten Tage erzählt, werden wir wieder alle still, horchen in die schneeschwangere Luft hinein, dieser und jener schüttelt sich im Grauen der Erinnerung, geht leise fort... Und niemand spricht von den Toten...

Der Sanitärer hat für Wein gesorgt. Jeder bekommt zwei Trinkbecher voll, wir trinken hastig den heißgemachten Wein... Und, o Wunder: nachmittags kommt der Sanitärer noch einmal, gibt uns noch einige dünne Tropfen und kommt dann mit einer unglaublichen Überraschung: Zwei Krankenträger bringen einen großen Korb geschnittenen Weißbrotes. Jeder erhält fünf Scheiben und — uns bleibt fast die Luft weg — ein Viertelpfund Butter. Jan Dieckmann stehen vor Rührung die Tränen in den Augen, er betrachtet jede Schnitte von allen Seiten, tupft sie langsam in die Butter, schließt die Augen, holt tief Luft und ißt: sein Mahl ist wie ein Gottesdienst, ist tiefste Andacht... Ja, so leicht sind wir zufriedenzustellen...

Und niemand spricht von unseren Toten... aber alle denken wir an sie, denken daran, wie sie: Bumann... Berberg... Kalbfleisch... Meisel... alles mit uns erduldeten... wie sie mit uns unter den geißelnden Befehlen des Schinders dahinkeuchten... wie sie mit uns Hunger litten... wie sie mit uns ausmarschierten. Und wir können es uns doch nicht vorstellen, daß sie nun wirklich für immer fort sind... manchmal denken wir, sie müßten dort um die Ecke kommen... müßten sich wieder zu uns setzen und mit uns sprechen von ihrer Sehnsucht und ihren großen und kleinen Leiden...

„Raustreten!...“ — wir hatten uns nach der Weißbrotschlemmerei ins Stroh gepackt, wohligh ausgestreckt — einige schrieben zum erstenmal wieder nach Haus... einige rieben sich die brennenden Beine oder besserten ihre Uniformen aus... und viele schliefen wie die Toten.

Für den Leutnant Hagar ist uns ein Vizefeldwebel zugeteilt, ein hochaufgeschossener Kerl mit den Allüren eines Sommerleutnants oder preußischen Referendars: ein dummes, eingebildetes Gesicht... hochmütige Augen, die über uns hinwegsehen... er trägt einen engen Extrarock mit weißer Biese am Hals, eine seidene Offiziersschirmmütze, die etwas schief sitzt, gelbe Glattehandschuhe, an denen er bei jeder Gelegenheit herumzupft und — natürlich: ein Monokel... Er war noch nicht vorne, ist erst gestern zu uns gekommen...

„Kann mir leid tun, der arme Kerl!“, brummt Gütler, der neben mir liegt und ebensowenig wie wir andern sich nach dem Gebrüll des Fatzen richtet... Er dreht sich wieder herum und schnarcht weiter...

„Hast'n jesehn, den Kronprinzen...“ meint Adamczik, der sich mit Stroh den Dreck von den Füßen reibt, denn Wasser haben wir im Dorf noch nicht aufgetrieben — der Brunnen ist zerschossen, und das bißchen Wasser aus den Regentonnen braucht die Küche... Kohlhagen lacht laut auf, ihm hat der Witz mit dem „Kronprinzen“ Spaß gemacht. Der Vergleich ist auch nach den Bildern, die wir von diesem Hohenzollern haben, gut — die Ähnlichkeit täuschend... Ich freue mich, daß Adamczik wieder etwas witzig wird...

Um den Kleinen noch mehr aufzumuntern, brauche ich eine seiner Berliner Redewendungen: „Fritze, den ham se mit'm Klammerbeutel jepudert, wat?“ Fritze dreht sich zu mir hin und lacht. Wie lange habe ich ihn nicht lachen sehen!

Der Vize ist gleich nach seinem Ruf verschwunden, wir haben schon wieder den Befehl vergessen. Grade will ich mich lang machen, da tritt Kilb in die Scheune. Er sieht sehr blaß aus und steht jetzt zwischen uns: „Kameraden, draußen treten sie schon an; ihr müßt auch hoch... Meisel wird beerdigt...“

Einer rüttelt jetzt den andern hoch, plötzlich gehorchen wir... Wir schämen uns etwas, daß wir die letzten sind, die vor dem toten Kameraden antreten, — aber wir konnten das ja nicht wissen... Wir konnten das nicht wissen?... Nein, wir haben gar nicht daran gedacht, daß Meisel beerdigt werden müßte... wir sind schon vertraut mit dem Gedanken des Nichtbegrabenwerdens... „Meisel ist weg“, schön, das wissen wir, daran haben wir auch gedacht, — aber weiter ging unser Denken auch nicht mehr: daß er unter uns in der Ruhestellung starb, und daß wir daher an seiner Beerdigung teilnehmen müssen, nein... daran hat niemand mehr gedacht... außer Kilb vielleicht.

Wir klopfen uns das Stroh ab, ziehen unsere zerknüllten Mäntel über, schütteln uns, denn es ist empfindlich kalt, schlagen uns die Arme um die Rippen. Wir laufen durcheinander, ich setze den Stahlhelm auf und schnalle um, — mir ist, als müsse man in solcher Art zu einer Beerdigung antreten. Es ist ja das erstmal, daß wir zu einem anderen Dienst als zum Exerzieren oder zum Sterben raustreten, darum sind wir unbeholfen und jeder staffiert sich auf seine Art aus. Adamczik macht es wie ich, aber Petsch und Sievers und Zeiß meinen, wir müssen in Feldmütze und ohne Koppel raus. Sie wollen auch gerade so hinausgehen, ich kratze mir mit einem alten Messer noch den fingerdicken Lehm von den Stiefeln... armer Meisel... denke ich, wolltest uns sicher lieber die Ruhe gönnen, du siehst und hörst ja doch nichts mehr von uns... — da hören wir draußen lautes Schimpfen... Kohlhagen kommt verstört zurück, greift hastig nach Helm und Gewehr...

hinterher kommen der unbellebte Hauptmann mit der unangenehmen Stimme und der Soldatenleutnant. Der Hauptmann hat ein gerötetes Gesicht, er schwankt etwas, fuchtel drohend mit den Armen... der Vize redet hastig auf ihn ein... „diese Schweinebande!“ brüllt der Hauptmann, „nicht aufgestanden sind diese Tagediebe, ham Se jesagt?“ Er steht mitten unter uns, wir weichen etwas zurück vor seinen drohenden Bewegungen... ich stehe ganz dicht bei ihm und rieche, daß er schwer besoffen ist, seine Augen haben einen starren, irisierenden Glanz... er dreht sich einige Male um sich selbst, stolpert und wird von dem Vize aufgefangen, sonst wäre er in das Stroh gefallen. Er blickt wild um sich, die Halsschlagadern treten dick hervor... „zeigen Se mir die Burschen... prrr... mal... die... die... prrr... sich... sich... geweigert haben, aufzustehn... wo... wo... is denn der Juden... prrr... Judenjunge von vorhin... prrr... der mir da in den Weg... prrr... gelaufen is... das schwarze Schwein... prrr...“ Kohlhagen steht plötzlich dicht hinter ihm, bleich im Gesicht, wir sehen uns an, Kilb tritt vor Kohlhagen... will er ihn decken vor der Sicht des Besoffenen...? „woll'n doch mal seh'n, ob... ob wir nich... Ordnung in dieses Gesindel... prrr... kriegen könn...“, er lacht plötzlich laut und hysterisch auf, stützt sich schwer gegen den Vize, der wie ein hilfloser Lakai vor einem tyrannischen Herrn steht, „mit solchem Pack muß man sich herumschlagen“, wir kommen langsam zu uns, werden uns dieser beschämenden und empörenden Szene bewußt, schließen langsam einen Kreis um die beiden.

Der besoffene Hauptmann richtet sich auf, stößt den Vize von sich, sein Gesicht bekommt einen verzerrten und böartigen Ausdruck, er stiert uns nacheinander an, brüllt dann mit Schaum vor dem Munde wieder los: „Wo ist der Judenjunge, will ich wissen, dieses Kamel, das mich da draußen fragt, wie... wie angetreten werden soll...“, da sehe ich Kohlhagen und Kilb langsam vor den Tobenden hintreten, dicht nebeneinander, Kilb hat sogar seinen Kameraden an der Hand gefaßt... gleich kommt es zur Katastrophe... „Judenjunge!“... dieser Halunke schämt sich nicht, angesichts der Beerdigung eines Kameraden kurz vorher noch solch niederträchtige Szene zu machen, beleidigt Kohlhagen... „Schweinebande... Pack... Gesindel... Tagediebe...“, alles genau wie in der Garnison... Beschimpfungen... Drohungen... und draußen liegt der Tote... dies hier ist seine Grabrede... (Wird fortgesetzt)

## Der Alte an seinen Enkel

Ich bin jetzt siebzig und krumm wie meine grauen Hände, schau sie dir an, sie sprechen schon von meinem nahen Ende.

Und wie ich ausgebeutet bin fast fünfundfünfzig Jahre: dann hat man den Kadaver hin zum Schinderplatz gefahren...

Dein Vater ist mein letzter Sohn, zwei andre sind gefallen: man ließ sie in dem „großen Krieg“ wie Hunde niederknallen...

Du weißt: dein Vater liegt jetzt bald sechs Jahre im Spitale, im dritten Pavillon ganz rechts, im Todgeweihten-Saale.

Und doch glaubt er noch immer, daß er einst gesunden müsse: ich weiß, daß er nicht wiederkommt: er hat zwei Lungenschüsse...

Drei Söhne hatte ich: sie sind nichts als Kanonenfutter, so bleiben nur noch du und ich und deine arme Mutter.

Wenn sie heut' Abend wiederkommt aus dem Fabrikgebäude, dann faß sie bei der Hand und mach' ihr eine kleine Freude:

Sing' ihr das Lied dann vor, das oft dein Vater hat gesungen, sie freut sich dann und ist so stolz auf ihren kleinen Jungen.

Dein Vater sang es Sonntag noch, halblaut im Krankensaale: Paß auf, ich singe sie dir vor: Die Internationale... Peter Riss.

schachtel lauert? Ubrigens gibt es Tausende von erwachsenen Männern, die im Handgranatenkampf des Weltkrieges die schwersten Stunden ihres Lebens durchgemacht haben. Diese Tausende betrachten es sicherlich als eine unerhörte Zumutung von der Zigarettenindustrie, uns diese schwersten Stunden unseres Lebens durch eine Zinnfigur mit schwingender Handgranate immer wieder in Erinnerung zu bringen, so oft wir eine Zigarette rauchen. Unter keinen Umständen aber wollen wir es zulassen, daß unsere Kinder durch diese Art von Zigarettenreklame mit dem Mordgeist einer schießenden, stehenden und stürmenden Soldateska verdorben und vergiftet werden soll. Auch dann nicht, wenn es nur in bildlicher Darstellung aus Zinn geschieht.

Wer kein anderes Werbemittel für Zigaretten hat als Zinnsoldaten, der mag seine Glimmstengel selber rauchen. Es gibt heute wahrhaftig genug belehrende, unterhaltende und zum Schaffen anregende Spielsachen für unsere Kinder, so daß der Zinnsoldat endlich aus der Kinderstube verschwinden kann. Und wer schon seine Kinder mit Zinnsoldaten beglücken will, der kann sich solche regimentenweise noch immer im Spielwarengeschäft kaufen. Jedenfalls sind Zigarettenfirmen nicht dazu berufen, den Zinnsoldatengeist in unseren Kindern wieder hochzuzüchten.

Gerade die Arbeiterschaft, die so furchtbar unter den Folgen des letzten Krieges gelitten hat und noch leidet, ist bestrebt, von ihren Kindern alles fernzuhalten, was sie zum Geist der militärischen Roheit und des Menschenmordes erzieht. Kein Familienvater soll eine Zigarette ins Haus bringen, in deren Packung sich Zinnsoldaten befinden, dann werden die Zigarettenfirmen ganz von selbst den Unfug dieser Beigabe wieder aufgeben.

Mögen sich die Herren Zigarettenfabrikanten, wenn ihnen schon der Zinnsoldat soviel Freude macht, einige Regimente davon auf ihren Schreibtisch aufstellen und damit Schlachten arrangieren. Das ist dann ihre Sache. Die Erziehung der Kinder aber ist unsere Sache, und wer sie uns durch eine für unsere Auffassung nicht mehr zeitgemäße Reklame zu verderben sucht, der wird in Zukunft auch kein Zigarettengeschäft mehr mit uns machen können. Karl Dopf.

## Die Gesellschaftskutsche

Im vorigen Jahrhundert schrieb der Amerikaner Bellamy den Roman „Ein Rückblick aus dem Jahr 2000“, der eine Schilderung der sozialistischen Gesellschaftsideale darstellte. Im Hinblick auf unsere gegenwärtige Gesellschaft sagte der Held des Romans:

„Die damalige Gesellschaft glich einer riesigen Kutsche, vor der die große Masse gespannt war und die von dieser auf einer holprigen und staubigen Straße mühsam vorwärts-geschleppt wurde. Der Hunger war Kutscher, und er duldete kein Verschnaufen. Aber trotzdem ging es nur sehr langsam vorwärts. Obwohl es so hart war, auf dem beschwerlichen Wege den Wagen fortzuschleppen, war dieser doch mit Passagieren besetzt, die niemals abstiegen, mochte die Straße noch so steil ansteigen. Die Sitze auf dem Wagen waren sehr luftig und bequem. Unbelästigt durch den Staub konnten ihre Inhaber sich mit Muße an der Landschaft ergötzen oder kritische Bemerkungen über das Verdienst des sich abquälenden Vorspanns austauschen.“

Kam einmal eine schlechte Stelle der Straße oder ein steiler Hügel, so hatten es die Ziehenden besonders schwer:

„Es war ein entsetzlicher Anblick, den dann die verzweifelten Anstrengungen des Vorspanns boten, das kramphafte Vorwärtsdrängen und Zurücksinken der Ziehenden, die vom Hunger erbarmungslos vorwärtsgepeitscht wurden, mochten auch Unzählige zusammenbrechen und in den Kot getreten werden.“

Ein treffender Vergleich für unsere Gesellschaft, das wird jeder zugeben müssen! Und er paßt ja auch noch heute. Betrachten wir die Einkommensschichtung im Deutschen Reich, so zeigt die Steuerstatistik aus dem verhältnismäßig günstigen Jahr 1928, daß 17 625 000 Einkommensbezieher oder 57,21 vH nur über ein Einkommen zwischen 0 bis 1200 M verfügten. 9 941 000 oder 32,27 vH konnten auch nur zwischen 1200 und 3000 M verzehren, während 9,81 vH über ein Einkommen zwischen 3000 und 12 000 M verfügten. Nun spitzt sich die Pyramide noch rascher zu: 217 oder 0,69 vH Bevorzugte können jährlich zwischen 12 000 und 100 000 M „verzehren“. Dann gibt es 5 oder 0,02 vH Gesegnete, die über 100 000 M jährlich „aufessen“. Natürlich erfaßt die Statistik nicht einmal alle hohen Einkommen; sicher gibt es in Deutschland noch einige mehr, die über 100 000 M versteuern könnten. Man sieht jedoch trotzdem ein sehr deutliches Bild: Nahezu 90 vH der Bevölkerung lebt in gedrückten Verhältnissen. Und gerade ihnen werden im Papenschen Wohlfahrtsstaat alle Lasten aufgebürdet. Warum lassen diese gedrückten Schichten nicht einfach die Gesellschaftskutsche — um das Bild Bellamys zu gebrauchen — nicht einfach stehen? Die sich darin räkelnden Insassen müßten dann aussteigen und sich ebenfalls vorspannen, wollten sie vorwärtskommen.

## Zigaretten mit Zinnsoldaten

Zigaretten mit Zinnsoldaten, das ist das neueste der Zigarettenreklame, die sich bisher begnügte, die Raucher mit der Beigabe von Bildchen zu beglücken. Wir haben nichts gegen diese Bilderzugaben, obwohl eigentlich auch darüber einmal gesprochen werden müßte, warum dem Raucher die Zigarette durch diese Bilder verteuert wird. An sich sind ja diese Bildchen nicht sehr wertvoll; das einzelne Stück macht kaum den Bruchteil eines Pfennigs aus. Rechnen wir aber einmal anders. Greifen wir aus den Millionen Zigarettenrauchern in Deutschland einen einzigen heraus, der täglich nur 18 Zigaretten raucht. Dieser eine Raucher erhält somit jeden Tag drei Bilder, was im Laufe eines Jahres 1095 Bilder ausmacht. Es läßt sich nun leicht ausdenken, daß eine so große Anzahl Bilder nicht gerade für einige Groschen hergestellt werden können.

Kein Mensch wird auch glauben, daß die Zigarettenfirmen dem Raucher mit diesen Bildern ein Geschenk machen, sondern jeder weiß, daß sie hinreichend in den Preis der Zigarette mitingerechnet sind. Folglich wird der Raucher, der für die Bilder meist gar keine Verwendung hat, im Verlaufe eines Jahres mindestens um ein paar Mark im Kostenpunkt seines Rauchzeugs belastet. Übertragen wir diese sinnlose Belastung auf 25 Millionen Raucher, dann sind es mindestens 30 bis 50 Millionen Mark, durch welche dem deutschen Raucher die Zigarette unnütz verteuert wird.

Die Zigarettenbilder haben sich indessen bei unseren Kindern beliebt gemacht, und so soll ihnen der Spaß des Sammelns nicht verdorben werden, wenn auch die Raucher nicht recht einsehen, warum sie die Kosten für diesen Sport tragen sollen. Gegen die Zugabe von Zinnsoldaten haben wir aber entschieden etwas einzuwenden. Hier handelt es sich nicht mehr allein darum, daß dem Raucher durch den Unfug einer Zugabe die Zigarette unnütz verteuert wird, sondern hier handelt es sich um eine Zugabe, die den Geist unserer Jugend mit der Gesinnung des Mordens und der Roheit des Militarismus vergiften soll.

Was nützt es uns, wenn wir immer wieder predigen, daß unsere Kinder im Geiste des Friedens und der Menschenliebe erzogen werden müssen, damit künftige Kriege unmöglich werden, wenn die Gefahr des rohen Soldatengeistes auf das unverdorrene Gemüt meines Kindes sogar in der Zigaretten-



# Verbandsleben



## Die Kommunisten fabrizieren sich Siege

Die kommunistische Presse muß, um ihre gewerkschaftliche Ohnmacht zu vertuschen, „siegreiche Kämpfe“ fabrizieren, damit die so oft enttäuschten Gläubigen bei der Stange bleiben. Der Trick wurde die letzten Wochen, wo sich die Gewerkschaften in zahlreichen Fällen gegen die Lohnkürzung wandten, wieder eifrig geübt. Wie es mit den „Siegen“ der kommunistischen RGO aussieht, sei an ein paar Beispielen darzulegen. Unter der knalligen Überschrift: „Streiker gegen Streikbrecher — Die Reformisten führen zur Niederlage, die RGO führt zum Siege“, stellte die Rote Fahne (Nr. 201) mehrere Fälle von „Verrat der Reformisten“ den „Streiksiegern“ der RGO gegenüber. Wir haben uns die Mühe genommen, diese Fälle näher anzusehen. Das Ergebnis sei hier kurz wiedergegeben.

Die Rote Fahne berichtet über einen Streik in der Eisen- gießerei Schwartz, Düsseldorf: „Durch die Streikmobilisierung der RGO tritt die Belegschaft geschlossen in den Kampf gegen Lohnabbau. Die Reformisten reißen die Führung an sich und würgen den Streik ab. Das Resultat Lohnabbau. Die RGO mobilisiert erneut den Kampf und übernimmt die Führung. Die Belegschaft streikt und siegt. Der Lohnabbau ist abgewehrt.“

Tatbestand: Die RGO versuchte, einen Streik zu entfachen, indem sie mit „schlagenden“ Argumenten einem Teil der Arbeiter das Betreten der Fabrik unmöglich machte. Für den Betrieb bestand ein Tarifvertrag. Die Bewegung lag von Anfang an in den Händen der beteiligten Gewerkschaften. Die Verhandlungen der Organisationsvertreter ergaben zwar keine Annullierung, aber eine Milderung des Lohnabzuges. Die Belegschaftsversammlung entschied sich — aufgestachelt durch einige RGO-Drahtzieher — für Weiterstreiken. Am anderen Morgen standen jedoch die RGO-Macher, die in der Versammlung am lautesten schrien, als erste an ihren Form- maschinen; und diese RGO-Leute sind es auch, die trotz der herrschenden Arbeitslosigkeit jeden Tag eine Über- stunde schieben. DMV und Gewerkschaft H.-D.-Kollegen drängten, weil bereits viele arbeiteten, erneut auf Verhand- lungen, und die daraufhin folgenden Verhandlungen mit der Firma führten — dank des tatkräftigen Eingreifens des Betriebs- rates (Mitglieder der Gewerkschaften) — zur Zurück- ziehung des Lohnabzugs.

Die Rote Fahne meldet über eine Streikaktion bei der Wilhelmshütte in Bornum a. Harz: „Die Direktion kündigt auf Grund der Notverordnung einen Lohnabbau an. Die RGO mobilisiert die Belegschaft, die Kollegen beschließen den Streik. Der Vertreter des DMV erklärt den Streik als wild. Der Streik beginnt, die Reformisten versuchen, den Streik abzuwürgen. Die Belegschaft hält geschlossen durch, der Streik wird sieg- reich beendet.“

Tatbestand: Die Wilhelmshütte in Bornum wollte auf Grund der Notverordnung Lohnabzüge durchführen. Der DMV in Hildesheim wies die Kollegen an, keinesfalls an einen Lohn- abzug einzugehen und umgehend eine Betriebsversammlung ein- zuberufen. Die Betriebsversammlung entschied für den Streik. Der Firma wurde vom DMV mitgeteilt, daß der Verband sich voll und ganz der Abwehraktion anschließen. Nach mündlicher Aussprache mit dem DMV setzte sich die Firma mit dem Arbeitgeber-Verband in Verbindung, der der Firma die An- weisung gab, bis zur Klärung der Rechtslage den Anschlag zurückzuziehen, wodurch die Streikaktion als erledigt betrachtet werden konnte.

Die Rote Fahne (Nr. 189) meldet: „Unter Führung der RGO wurden im Hochofenwerk der Dortmunder Union außer der restlichen Lohnzahlung vom 10. Oktober durch Arbeitsniederlegung 6 vH Lohnherhöhung erkämpft. Im Walz- werk 4 der Dortmunder Union wurde unter Führung der RGO die Zurücknahme der Prämienkürzung (60 auf 40 vH) erreicht. Außerdem die Gutschrift von 25 Tonna pro Kopf und Tag erkämpft, was eine Lohnerhöhung von 50 vH ausmacht. Im Hoesch-Werk Dortmund wurde der Lohnabbau unter Führung der RGO zurückgeschlagen. Der alte Lohn wird weiterbezahlt, trotz Neueinstellungen.“

Bezeichnenderweise wird in der Siegesmeldung über die Streikaktion im Hochofenwerk der Dortmunder Union in der Nr. 201 der Roten Fahne nicht mehr von 6 vH, sondern von nur 26 vH Lohnherhöhung geredet.

Tatbestand: Auf dem Hochofenwerk der Dortmunder Union wurde weder gestreikt noch eine Lohnherhöhung er- reicht. Im Walzwerk 4 des gleichen Werkes wurde von der Leitung versucht, eine Kürzung der Prämien von 60 auf 40 vH zu erreichen. Durch das Eingreifen des Betriebsrates ist jedoch die Kürzung damals verhindert worden. Erst am 11. November hat die Direktion bekanntgegeben, daß sie auf Grund der Notverordnung den Lohnabbau durchzuführen gedenke. In zwei Versammlungen nahm dazu die Belegschaft der Dortmunder Union Stellung. Aus dem Verhandlungsbericht des Betriebsratsvorsitzenden ging hervor, daß die Betriebsleitung unter allen Umständen an dem Lohnabbau von 10 vH für die 31. bis 40. Stunde festhalten und nur einige Härten abstellen wolle. So soll vor allem im Thomaswerk, das jetzt in vier Schichten arbeitet, schon in den nächsten Wochen wieder die dreimal Achtstundenschicht eingeführt werden. In der Aus- sprache forderten einige RGO-Leute zum Kampf unter der Führung der RGO auf, doch herrschte recht betretenes Schweigen, als diese Strategen ermahnten, daß im Arbeiteramt nicht die Ge- werkschaftler, sondern die RGO-Leute in der Mehr- heit sind, diese aber gar nicht daran denken, offen den Streik zu fordern.

Bei v. d. Beke (Hoesch-Konzern) sollen die Gewerk- schaften den „Streik abgewürgt“ haben. Von der ganzen Beleg- schaft war nur einer freigewerkschaftlich organisiert, sechs waren bei den Christen, die übrigen Organisierten bei der RGO, so daß die volle Verantwortung für diesen verlorenen Arbeitskampf der RGO zufällt.

In der Union-Versammlung hatten die RGO-Leute auch be- hauptet, der Betriebsratsvorsitzende von Hoesch habe den Streikwillen durch die Behauptung unterbunden, daß für Hoesch kein Lohnabbau in Frage komme. Der Betriebsratsvorsitzende hatte jedoch ganz eingehend vom Lohnabbau Kenntnis gegeben. Bei der Abstimmung der Hoesch-Belegschaft hatte aber nur ein Dutzend der vorher so lauten radikalen RGO-Schreier den Mut gehabt, für den Streik zu stimmen.

In den beiden Union-Versammlungen wurde festgestellt, daß die Schwäche der Belegschaft nur in der mangelhaften gewerk- schaftlichen Organisation zu suchen ist. Es wäre ein leichtes gewesen, die Versammlung durch große Redensarten nach dem Muster der schlechten Strategen von der RGO zu einer Ab- stimmung über einen Streik zu bringen, doch war das traurige Schauspiel nicht vergessen, wie gerade die „radikalen“ Schreier im Juli 1931 mit Jubel für einen Streik gestimmt hatten, um am anderen Morgen still und leise zur Arbeit anzutreten.

Den Streik bei der Firma Wipperrmann jr. A. G., Hagen, bucht die Rote Fahne als „Niederlage“ des DMV. Bei dieser Bewegung rangen die RGO und die Nazis um die Führung. Die Belegschaft verlangte jedoch als Leitung Gewerkschaftsvertreter und den Betriebsrat. Der Betriebsrat nahm Verhandlungen mit der Firma auf. Die Gewerkschaften beteiligten sich nicht daran. Wie man dabei von einer Niederlage der „Reformisten“ sprechen kann, wissen nur die kommunistischen Götter!

Der abgewehrte Lohnabbau beim Stahlwerk Brüning- haus in Westhofen (Westf.) ist ganz dem DMV zu verdanken. Die „Abwürgung des Streiks“ durch den DMV ist eine Er- findung der RGO. Von der 383 Mann starken Belegschaft standen bereits am 10. November — dank der Bemühungen des DMV — 375 Arbeiter wieder im Betrieb. Maßregelungen sind nicht bekannt geworden.

## Ergebnisse unsrer Verbandstätigkeit

In 68 Betrieben mit 16836 Beschäftigten wurden die ge- forderten Lohnkürzungen (Notverordnung vom 5. Sept. 1932) für die 31. bis 40. Stunde in Höhe von 7 bis 50 vH ganz, und in 15 Betrieben mit 13262 Beschäftigten der Abzug von 10 bis 40 vH teilweise, durch Streik oder Verhandlung abgewehrt. Außerdem wurde in 4 Betrieben mit 2865 Arbeitern der geforderte Abbau der Akkordverdienste voll abgewehrt. Die durch die erfolgreiche Abwehr den Beteiligten gerettete wöchentliche Lohnsumme beträgt 46 680 M; nicht eingerechnet sind hier die durch die erfolgreiche Abwehr der Akkord- kürzungen geretteten Akkordstundenverdienste.

Voll abgewehrt durch Streik wurden

verlangter Abzug 7 vH = 1 Betrieb mit '91 Beschäftigten
" " 10 " = 2 " " 668 "
" " 20 " = 3 " " 473 "
" " 30 " = 1 " " 386 "
" " 40 " = 4 " " 971 "
" " 50 " = 11 " " 3317 "
" " " = 22 " " 5906 "

Voll abgewehrt durch Verhandlungen wurden

verlangter Abzug 8 vH = 2 Betriebe mit 138 Beschäftigten
" " 10 " = 4 " " 789 "
" " 15 " = 1 " " 618 "
" " 20 " = 11 " " 4116 "
" " 25 " = 1 " " 50 "
" " 30 " = 6 " " 823 "
" " 40 " = 5 " " 2325 "
" " 50 " = 16 " " 2071 "
" " " = 46 " " 10930 "

Forderungen auf Lohnabbau für die 31. bis 40. Stunde wurden teilweise abgewehrt:

25 vH in 2 Betrieben mit 314 Beschäftigten durch Verhandlungen
8 vH in 1 Betriebe mit 280 Beschäftigten
10 " = 3 " " 260 "
11 " = 1 " " 106 "
17 " = 2 " " 824 "
20 " = 1 " " 148 "
25 " = 4 " " 696 "
25-40 " = 1 " " 114 "
" " " = 13 " " 2428 "

In einem Betriebe mit 9800 Beschäftigten sollten nach einem Schiedsspruch 10 Pf. die Stunde der übertariflichen Löhne und Prämien sowie Akkorde abgezogen werden. Die in Frage kommende Firma wollte von dem Schiedsspruch Gebrauch machen, jedoch 5 Pf. je Stunde in Abzug bringen. Hier gelang es, den Abzug bis auf 1 Pf. die Arbeitsstunde abzu- wehren.

Außerdem wurde in einem Betriebe der geforderte Abbau der Akkordverdienste von 8 vH für 375 Arbeiter voll ab- gewehrt; nur bei 13 Arbeitern wurde der Abzug durchgeführt. In 45 Betrieben mit über 5000 Beschäftigten wird zur Zeit, um den Lohnabbau abzuwehren, gestreikt.

In 26 Betrieben mit 2963 Beschäftigten wurden durch den DMV Abwehrverhandlungen geführt. Der Abbau ist infolge- dessen in diesen Betrieben noch nicht durchgeführt worden.

- 3) Akkordabzüge von 15 vH ebenfalls voll abgewehrt.
- 5) 2 Betriebe mit 1017 Beschäftigten, Akkordabzüge voll abgew.
- 3) 1 Betrieb mit 1230 Beschäftigten, Akkordabzüge 34 vH voll abgewehrt.

## Es geht um alles!

Barone popeln, gaylen, schleichern  
verzwickelt und autoritär.  
Indem den Reichen sie bereichern,  
verarmt der Arme mehr und mehr.  
Sie wollen uns in Fesseln schlagen,  
damit wir alle Laster tragen,  
denn nur die Pflicht gebührt dem Knecht,  
dem Herrn das Recht.

Der Herrnsstaat geht aus den Fugen,  
die alte Ordnung wankt und kracht.  
Dross greift ein Hitler, greift ein Hagen-  
berg nach des Staates ganzer Macht.  
Es gilt, das Kapital zu schützen,  
die freche Junkermacht zu stützen.  
Nur dafür kämpft die Hitlerei

Um die Attacken abzuwehren,  
hilft nur die große Einigkeit,  
hilft nur das eiserne Beglehen:  
Soldat zu sein der neuen Zeit.  
Um wirksam für das Volk zu streiten,  
muß sich die Front der Freiheit weiten,  
weil es — noch ist es nicht zu spät! —  
um alles geht.  
Victor Kalinowski

## Vom Vorstand

Telegrammschrift: Metallvorstand Berlin  
Fernsprecher: Dönhoff 6750 — 6753

Mit Sonntag, dem 4. Dezember, ist der 50. Wochen-  
beitrag für die Zeit vom 4. bis 10. Dezember 1932 fällig.

Dieses Jahr wird wieder der 53. Wochenbeitrag fällig. Im  
Monat Dezember 1932 sind deshalb 5 Beitragsmarken zu ver-  
wenden.

Mitglieder, deren Mitgliedsbücher mit Ende dieses Jahres  
vollgeklebt werden, wollen schon jetzt ihre zuständige Orts-  
verwaltung auf diesen Umstand aufmerksam machen, damit  
Bestellungen rechtzeitig gemacht werden können und sich am  
Jahresschluß nicht zu stark häufen.

Häufig werden Anfragen oder Beschwerden einzelner Mit-  
glieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die  
ihre Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung finden  
können. Meistens ist diesen Zuschriften ein Ausweis über die  
Mitgliedschaft nicht beigefügt der unbedingt erforderlich ist,  
wenn auf eine Beantwortung gerechnet wird. Die Mitglieder  
sollen sich stets zunächst an die Ortsverwaltung wenden.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Vorstandsvorsitzende

## Der Remschelder Streif vor dem Reichsarbeitsgericht

Die Notverordnung vom 5. September rechtsgültig

Der im Alexanderwerk in Remscheid ausgebrochene arbeits-  
rechtliche Streit um die Gültigkeit der Lohnkürzungsvorschriften  
der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeits-  
gelegenheit vom 5. September 1932 beschäftigte am 12. November  
das Reichsarbeitsgericht.

Bekanntlich hatte das Alexanderwerk A. von der  
Nahmer AG in Remscheid in Anwendung der Notverordnung  
mit Wirkung ab 26. September die tariflichen Akkordlöhne  
herabgesetzt. Die Belegschaft trat daraufhin in den Streik.  
Gegenüber der von der Firma gegen einzelne Betriebsrats-  
mitglieder angestregten Feststellungs- und Schadenersatzklage  
bejahte das Arbeitsgericht Remscheid die von dem Deutschen  
Metallarbeiter-Verband bestrittene Rechtsgültigkeit der Not-  
verordnung vom 5. September, ebenso ihre Anwendbarkeit im  
vorliegenden Falle, wies aber die Klage der Firma ab, weil sie  
den Zeitpunkt des Eintritts der Lohnkürzung frühestens auf den  
1. Oktober 1932 habe festsetzen dürfen.

Das Reichsarbeitsgericht hat jetzt die Gültigkeit  
der Notverordnung mit folgenden Ausführungen bestätigt:  
Gegen die Rechtsgültigkeit der Verordnung bestehen —  
wenigstens soweit es sich um die hier in Betracht kommenden  
Vorschriften handelt — keine Bedenken. Ein Verstoß gegen  
verfassungsmäßige Grundsätze liegt nicht vor. Insbesondere  
nicht einen Verstoß gegen Artikel 165 der Reichsverfassung, der  
die Garantie für die Wirksamkeit von Tarifvereinbarungen mit  
ihren wesentlichen Normenwirkungen und der Unabdingbarkeit  
bietet. Das Wesen der Unabdingbarkeit liegt darin, daß der  
Kollektivwille dem Einzelvertragswillen vorgeht. Einen Eingriff  
in die Unabdingbarkeit des Tarifvertrages stellt die Notverord-  
nung aber schon deshalb nicht dar, weil es sich bei ihr  
nicht um den Gegensatz zwischen Kollektivwillen und Einzel-  
vertragswillen, sondern um einen Eingriff des Gesetzgebers in  
die Vertragsfreiheit der Tarifvertragsparteien handelt, der durch  
Notverordnung zulässig ist. Ein unzulässiger Eingriff in die Un-  
abdingbarkeit liegt deshalb nicht vor, weil Art. 165 der Reichs-  
verfassung nur die Rechtsinstitution des Tarifvertrages mit der  
wesentlichen Eigenschaft der Normenwirkung und der Unab-  
dingbarkeit schützt, während die Regelung von Einzelheiten  
Sache des Gesetzgebers ist. Daraus, daß die Tarifvertragsverord-  
nung bei Erlass der Reichsverfassung bereits vorlag, ist nicht zu  
folgern, daß sie in allen ihren einzelnen Punkten verfassungs-  
mäßig geschützt werden sollte. Um etwas anderes als eine zu-  
lässige Regelung von Einzelheiten handelt es sich bei der Ver-  
ordnung vom 5. September 1932 nicht. Ebensovornig liegt ein  
Verstoß gegen Art. 102 der Reichsverfassung vor. Ihre Rechts-  
grundlage findet sie in den Ermächtigungen, die in den Not-  
verordnungen vom 14. Juni und 4. September 1932 erteilt sind,  
die ihrerseits rechtsgültig erlassen sind. Die Ermächtigungen  
von einzelnen Ministern sind zulässig, soweit sich der Inhalt  
der Ermächtigung sicher festgestellt werden läßt. Ob die mit der Ver-  
ordnung vom 5. September 1932 getroffenen Maßnahmen  
objektiv geeignet sind, den Zweck, den sich die Verordnung  
gibt, zu erfüllen, kann vom Gericht nicht nachgeprüft werden.

Im übrigen geht das Reichsarbeitsgericht auch davon aus, daß  
die Voraussetzungen für die Anwendung der Verordnung (Ein-  
stellung neuer Arbeitskräfte) vorliegend erfüllt sind. Abgelehnt  
wird aber der Standpunkt des Arbeitsgerichts, daß unter dem  
Begriff „Lohnzahlungsabschnitt“ in § 3 der Verordnung der  
Zeitpunkt gemeint ist, in dem die endgültige Abrechnung der  
Akkordlöhne stattfindet (Monatsschluß). Es muß hier vielmehr,  
wie das Reichsarbeitsgericht ausführt, davon ausgegangen  
werden, daß der Zeitpunkt gemeint ist, in dem tatsächlich eine  
Lohnzahlung stattfindet (wöchentliche Abschlagszahlungen).  
Hiernach war die von der Beklagten ab 26. September 1932  
festgesetzte Lohnherabsetzung gerechtfertigt. Mit Bezug auf den  
Schadenersatzanspruch der Klägerin muß aber noch in tatsäch-  
licher Hinsicht festgestellt werden, ob sich die Beklagten einer  
beharrlichen Arbeitsverweigerung schuldig gemacht haben. Zur  
Klärung dieses Punktes ist die Sache an das Arbeitsgericht  
Remscheid zurückverwiesen worden (RAG 439/32).

## Jubilärfest in Frankfurt-Höchst

Widerum konnte die Verwaltungsstelle in Frankfurt-  
Höchst eine stattliche Anzahl von Kollegen für ihre  
25jährige Mitgliedschaft ehren. Der Sonnensaal war lange vor  
Beginn der Feier überfüllt. Für den Hauptvorstand und die  
Bezirksleitung erstattete Kollege Stadtmüller den Dank  
an die Jubilare für ihre jahrzehntelange Arbeit im Dienste des  
Verbandes. Der Redner schilderte den Werdegang des DMV,  
seit seiner Gründung sowie die heutige Notlage der Arbeiter-  
schaft. Der zweite Bevollmächtigte, Kollege Weber, ehrte  
hierauf die 17 Jubilare durch Überreichung der Ehrenmappe  
und eines Geldgeschenkes.

# Das neue Arbeitsgesetzbuch in Mexiko

In Mexiko wurde am 27. August 1931 ein neues Arbeitsgesetzbuch veröffentlicht. Viele seiner Bestimmungen bringen auf dem Gebiete des Arbeitsrechtes völlig Neues. Nachstehend werden nach dem vom Internationalen Arbeitsamt kürzlich herausgegebenen Internationalen Jahrbuch der Sozialpolitik einige dieser Bestimmungen wiedergegeben:

Das Gesetz gibt Arbeitern und Unternehmern das Recht des Zusammenschlusses. Für Arbeiterverbände ist eine Mindestzahl von 20 Mitgliedern, für Unternehmerverbände von drei Mitgliedern vorgesehen. Die rechtsgültige Errichtung der Gewerkschaften erfolgt durch Eintragung bei dem Zentraleinigungs- und Schlichtungsausschuß oder dem Arbeitsministerium.

Die Berufsverbände haben insbesondere das Recht des Abschlusses von Kollektivverträgen. Wird ein solcher Vertrag von zwei Dritteln der organisierten Unternehmer und Arbeiter eines Industriezweiges abgeschlossen, so kann er auf Antrag allgemein verbindlich für jenen Industriezweig und Bezirk erklärt werden.

Das Gesetz erkennt die sogenannte Gewerkschaftsklausel an, nach der die Unternehmer verpflichtet sind, nur organisierte Arbeiter einzustellen. Diese Bestimmung trifft aber nicht die Unorganisierten, die bei Abschluß des Tarifvertrages bereits in dem Unternehmen arbeiteten. Jeder Fabrikant ist verpflichtet, sofern er organisierte Arbeiter beschäftigt, einen Kollektivvertrag mit der betreffenden Gewerkschaft abzuschließen, falls diese es verlangt. Die Gewerkschaft kann auf Erfüllung des Vertrages oder auf Leistung von Schadenersatz klagen; die Klage kann sich auch richten gegen andere an dem Vertrag beteiligte Berufsverbände, gegen einzelne ihrer Mitglieder, gegen die eigenen Mitglieder (!) und schließlich gegen jeden, der durch den Tarifvertrag gebunden ist.

Das Gesetz unterscheidet zwischen gesetzlichen und ungesetzlichen Streiks. Der Streik ist zulässig 1. wenn er den Abschluß, die Durchführung, die Revision oder die Abänderung eines Kollektivvertrages oder die Unterstützung eines zur Erreichung des gleichen Zieles unternommenen Streikes zum Ziele hat; 2. wenn er von der Mehrheit der Arbeiter des betreffenden Berufsvereins beschlossen wird, und 3. wenn innerhalb von sechs Tagen bei Privatunternehmen und von zehn Tagen bei öffentlichen Betrieben die Forderungen der Arbeiter unerfüllt bleiben.

Nach Erfüllung dieser Bedingungen wird der „Streikzustand“ erklärt. Dies bedeutet, daß der Streik dem Schutz der Behörden untersteht, die die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um ihn wirksam zu gestalten und seine Ausbreitung zu fördern (!). Dem Unternehmer ist für die Dauer des Streiks verboten, mit den Streikenden oder anderen Arbeitern neue Verträge abzuschließen. Die Streikleitung hat aber für die Instandhaltung des Betriebes Sorge zu tragen. Durch einen gesetzlichen Streik wird der Arbeitsvertrag nicht aufgelöst, sondern nur unterbrochen, so daß die sich hieraus ergebenden Rechte und Verpflichtungen weiter bestehen bleiben und der Fabrikant die Löhne für die Dauer der Arbeitseinstellung weiterzahlen hat (!). Voraussetzung hierfür ist jedoch, daß der Streik nicht über eine Arbeitseinstellung hinausgeht; jeder Gewaltakt an Personen oder Eigentum wird strafrechtlich und zivilrechtlich verfolgt.

Verfolgt der Streik nicht die oben bezeichneten Ziele, ist er nicht durch die Mehrheit der organisierten Arbeiter beschlossen worden, oder ist ihm keine Ankündigung in der vorgeschriebenen Weise vorausgegangen, so erklärt der Zentraleinigungs- und Schlichtungsausschuß ihn für unzulässig, ergreift alle zum Schutze der nichtstreikenden Arbeiter erforderlichen Maßnahmen und gibt den Streikenden auf, binnen 24 Stunden die Arbeit wieder aufzunehmen. Ein gesetzwidriger Streik löst die Arbeitsverträge auf, befreit den Unternehmer von allen vertraglichen Verpflichtungen und macht die Arbeiter zivil- und strafrechtlich haftbar.

Den weitgehenden Rechten der gesetzlich streikenden Arbeiter stehen aber auch die Rechte der Unternehmer bei Aussperrungen gegenüber. Diese sind nur in den Fällen zulässig, in denen eine Überproduktion eine Arbeitsunterbrechung notwendig macht. Dazu muß aber die Genehmigung des Zentraleinigungs- und Schlichtungsausschusses eingeholt werden. Bei Wiederaufnahme der Arbeit muß der Unternehmer diejenigen Arbeiter wieder einstellen, die vor der Aussperrung in dem Betriebe tätig waren. Während einer gesetzlichen Aussperrung (besser gesagt Stillelegung) ist der Fabrikant nicht zur Zahlung von Löhnen verpflichtet.

Das mexikanische Arbeitsgesetzbuch hat auch die Schlichtung von Gesamtarbeitsstreitigkeiten auf eine neue Grundlage gestellt. Gelingt eine Einigung vor den Bundeseinigungsämtern nicht, so finden die besonderen Vorschriften über die Behandlung von „Streitigkeiten wirtschaftlichen Charakters“ Anwendung, die weitgehende Zwangsmaßnahmen vorsehen.

Das Einigungsamt hat zunächst dafür Sorge zu tragen, daß der zwischen den Parteien bestehende rechtliche Zustand bestehen bleibt, das heißt, daß Streiks und Aussperrungen vermieden werden. Ist ein Arbeitskampf bereits im Gange, so hat es darauf hinzuwirken, daß die Arbeit wieder aufgenommen wird.

Nach Anhörung der Parteien hat das Amt eine Untersuchung anzuordnen. Zu diesem Zweck stellt es drei Sachverständige, die durch einen Ausschuß, bestehend aus einer gleichen Zahl von Unternehmern und Arbeitern, unterstützt werden. Die Sachverständigen, die mit weitgehenden Zwangsbefugnissen zur Aufklärung des Sachverhalts ausgestattet sind, haben ihren Bericht mit den Vorschlägen zur Beilegung der Streitigkeit binnen längstens 30 Tagen vorzulegen. Erklären sich die Parteien mit den Vorschlägen der Sachverständigen einverstanden, so fällt das Amt eine Entscheidung. Diese hat die Rechtswirkung eines bindenden Schiedsspruches.

Widersprechen die Parteien den Vorschlägen, so findet eine Beweiserhebung vor dem Amt statt. In dringenden Fällen kann das Amt auf Antrag im Wege der vorläufigen Anordnung sehr weitgehende Maßnahmen treffen, wie zum Beispiel Schließung des Betriebes und

Anderung der Arbeitsbedingungen. Ein besonderes Verfahren zur Festsetzung von Mindestlöhnen ergänzt das allgemeine Schlichtungsverfahren.

Besondere Erwähnung verdienen noch die Bestimmungen über das Anwaltsamt für den Schutz der Arbeit. Diese Bestimmungen sind einzig in ihrer Art. Die Aufgabe dieser von der Regierung eingesetzten Anwälte besteht darin, die Arbeiter oder ihre Gewerkschaften auf deren Antrag in Arbeitsstreitigkeiten vor den zuständigen Behörden zu vertreten und zu beraten, ordentliche und außerordentliche Rechtsmittel im Interesse der Arbeiter einzulegen sowie auf schnelle Rechtsprechung der Arbeitsgerichte hinzuwirken. Die Behörden haben das Anwaltsamt mit allen Auskünften zu versehen, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind und ihm auch sonst alle nötige Hilfe zu gewähren. Das Anwaltsamt kann auch in Arbeitsstreitigkeiten als Vermittler tätig sein. Es übt seine Tätigkeit völlig kostenlos aus.

Leider ist in dem Internationalen Jahrbuch für Sozialpolitik nicht gesagt, wie sich die zum Teil ganz neuen Bestimmungen des Arbeitsgesetzbuches in Mexiko bisher in der Praxis ausgewirkt haben und ob die Arbeiter tatsächlich in der Lage sind, ihre Rechte auszuüben. In jedem Falle wird es für die europäische Gewerkschaftsbewegung sehr lehrreich sein, die Entwicklung des neuen Arbeitsrechtes in Mexiko aufmerksam zu verfolgen.

Dr. Wolff, Berlin.

## Was man vom Kriege nicht wissen soll

Die Frage der Abrüstung hängt weder vom guten Willen der Regierungen noch von ihrer Friedensliebe ab. Die Abrüstung scheitert einzig und allein an dem Widerstand der Rüstungsindustrie.

Masaryk, Präsident der Tschechoslowak. Republik.

Die Nationalisten aller Staaten sind sich darüber einig, daß jeder ein Weichling sei, der das stärkende Stahlbad des Krieges nicht bejaht. Und selbst wenn die Einsichtigeren unter ihnen die Abscheulichkeit und das widersinnige Grauen des Krieges zugeben, so ist ihr letzter und beharrlichster Grund doch, daß Kriege eben schicksalhaft unvermeidbar seien, weil sie dem kriegerischen Urtrieb der Menschen entsprächen.

Man kann Kriegsbejahern schwer die genügende Denkkraft und Phantasie zutrauen, die dazu gehören, sich jene menschlichen Urtriebe so umgelenkt und geläutert vorzustellen, daß sie, statt der Vernichtung, der Erzeugung und richtigen Verteilung von Lebensbedarf für die ganze Menschheit dienen. Aber wissen diese Herren, die soviel vom Kriege als „Probe auf alle männlichen Tugenden“ schwärmen, wissen sie wirklich so wenig, wie sie darüber verlauten lassen, von dem Krieg als Geschäft? Wissen sie wahrhaftig nicht, daß das Kriegsgeschäft die wichtigsten Hintergründe, die entscheidendsten Zusammenhänge für kriegerische Verwicklungen abgibt?

Daß sie über ihren Lieblingsgegenstand so schlecht Bescheid wissen sollten, das kann doch auch der gutwilligste Zeitgenosse nicht annehmen. So verschweigen sie also absichtlich und bewußt! Und heißt die entscheidende Seite einer Sache verschweigen nicht genau so viel, wie diese Sache umlügen?

Wir wollen diesen seltsamen Fachleuten mit einigen Daten zu Hilfe kommen!

Die Gesamtrüstungen der Welt kosten 21 Milliarden im Jahr. Das ist eine elfstellige Zahl, und sie muß von dem Werkstätigen Arbeitsgriff um Arbeitsgriff, Arbeitsstunde um Arbeitsstunde verdient werden! Der Profit aber fließt in die Taschen der Rüstungsunternehmer! England verkaufte in den letzten Monaten nach Bolivien Kriegsmaterial im Werte von 63 Millionen M und nach dem Fernen Osten Patronen und Gewehre für 10 Millionen M. In den letzten einundeinhalb Jahren hat Amerika produktive Waren der gleichen Art im Gegenwert von 495,6 Millionen an Chinesen und Japaner geliefert. Nach Meldungen französischer Blätter (Temps, Journal de Débats) stehen jetzt die Lagerräume sämtlicher Rüstungskonzerne infolge des guten Absatzes nach der Mandschurei leer. Nur Schneider-Creuzot, der seine Belegschaft auf 53 000 Arbeiter erhöht hatte, konnte

einen Auftrag aus Ungarn auf 125 000 Gewehre ausführen. Solch ein Absatzgebiet bekommt aber der Geschäftsmann nicht geschenkt; er muß es propagandistisch erobern. Müssen nicht Zusammenhänge aufklären zwischen Kriegspropaganda und Rüstungsgeschäft, wenn man nur die eine Tatsache festnagelt, daß Schneider-Creuzot und Skoda sich schon lange, bevor es zu kriegerischen Verwicklungen kam, in Schanghai niedergelassen hatten und dort die gesamte ausländische Presse subventionierten?

Entsprechend weise und fürsorglich verankert ist auch der Einfluß der Rüstungsindustrie im Bankkapital. Ihre Machtpositionen in den Banken sind unerschütterlich. Vickers-Armstrong Co. ist Hauptaktionär der Bank von England, der Anglo-Industrial Bank, der Bank von Rumänien und vieler japanischer Banken. Ein intimer Freund von Schneider sitzt im Aufsichtsrat der französischen Bank, die Bank der Union Parisienne steht unter Schneiders direkter Kontrolle.

Die steigenden Dividenden der Rüstungspapiere bestätigen zwar nicht die moralischen, aber die kaufmännischen Verdienste dieser durchaus internationalen Kanonenkönige. An Rüstungspapieren stiegen, um nur einige herauszugreifen, in den letzten Monaten Hotchkiss (Maschinengewehre) von 1100 auf 1268, Schneider-Creuzot von 1300 auf 1350, Gnome & Rhone von 300 auf 360, Lorraine von 90 auf 118. Dementsprechend sind auch die Papiere jener Unternehmungen gestiegen, die zwar keine Waffen, aber anderen Kriegsbedarf liefern, wie Atlas Powder Co. (Flugzeugindustrie), Java-China Navigation Co. (Schiffbau), Egyptian Cotton (Baumwolle) und Suez Canal Co. (Transport).

Ist Geschäft wirklich Geschäft? Sind Waffen wirklich Waren wie andere Waren?

Selbst die freien Schweizer Eidgenossen, die auf ihre Bürgertugenden und ihre Demokratie so stolz sind, scheinen sich diese Vorurteilslosigkeit zu eigen gemacht zu haben. Die erhöhte Rüstungsproduktion der Schweiz hat einigen geschäftsfremden Käuzen Anlaß zu einer Anfrage im Bundesrat gegeben. Ihnen ward die Antwort: „Beträchtliche Rüstungsaufträge von anderen Staaten zu erhalten, liegt im Interesse der Schweiz.“

Nur eine Verstaatlichung sämtlicher Rüstungsindustrien kann diesen aus unschuldigem Blut, skrupellosem Geschäftssinn und Fatalismus der Verantwortlichen zusammengebrauten Hexenwirbel auflösen! Munkberg.

## Die Unterstützung der Arbeitslosen in England

Der Hungermarsch auf London, an dem sich 2000 Arbeitslose beteiligten, die von den Industriegebieten Englands und Schottlands zu Fuß nach London marschierten, war eine Demonstration gegen die Bedürftigkeitsprüfung bei der Arbeitslosenunterstützung. Als im Herbst des Vorjahres die Arbeitslosenunterstützung um 10 vH herabgesetzt wurde, erfolgte auch eine Verkürzung der Versicherungsdauer auf 26 Wochen. Die Ausgesteuerten erhalten Unterstützungen von der Krisenfürsorge, die von den Gemeinden verwaltet wird. Die Unterstützungen werden in der Krisenfürsorge auf Grund einer ziemlich strengen Bedürftigkeitsprüfung gegeben. Durch die Bedürftigkeitsprüfung wollte die Staatskasse 20 Millionen Pfund an den Arbeitslosen ersparen.

Die Gemeindeverwaltungen verfahren bei der Bedürftigkeitsprüfung je nach der Finanzlage und den sozialen Machtverhältnissen nach verschiedenen Grundsätzen, so daß bei der Bemessung der Unterstützungen die größten Ungleichmäßigkeiten entstanden. Die Arbeiterpartei verlangte stürmisch die Aufhebung der Bedürftigkeitsprüfung, die Regierung lehnte jedoch diese Forderung ab und erklärte sich nur bereit, einige Erleichterungen in Kraft treten zu lassen. Auf Grund einer neuen Verordnung sollen in Zukunft die Kriegs-, Invaliden- und Unfallrenten nur zur Hälfte auf die Unterstützung angerechnet werden. Die Ersparnisse der Arbeitslosen, die 25 Pfund nicht überschreiten, dürfen bei der Bemessung der Arbeitslosenunterstützung nicht berücksichtigt werden, die Ersparnisse zwischen 25 Pfund bis 300 Pfund müssen als eine Kapitalsumme angesehen werden, die je 25 Pfund einen Zins von einem Schilling die Woche bringt; nur dieser Zins darf auf die Unterstützung angerechnet werden. Viele Gemeinden verweigerten die Unterstützung an Arbeitslose, die ein Eigenheim besaßen, mit der Begründung, daß sie durch Verkauf oder Beleihung ihres Hauses sich die Existenzmittel besorgen könnten. In der neuen Verordnung wurde nun den Gemeinden verboten, die Unterstützung aus diesem Grunde zu verweigern.

Die Arbeitslosenunterstützung wird demnächst neu geregelt auf Grundlage des kürzlich veröffentlichten umfangreichen Berichtes der Regierungskommission, die zur Prüfung dieser Frage eingesetzt wurde. Die Vorschläge des Mehrheitsberichtes sind im Hinblick auf die Bedürftigkeitsprüfung für die Erwerbslosen wesentlich günstiger als die von der Regierung soeben in Kraft gesetzten Erleichterungen. Die Bedürftigkeitsprüfung selbst wird aus finanziellen Gründen beibehalten, während der Minderheitsbericht, der von den Arbeitermitgliedern der Kommission unterzeichnet wurde, ihre Abschaffung verlangt. An der Höhe der Unterstützungen selbst sollen keine Änderungen vorgenommen werden. Die Dauer der Arbeitslosenunterstützung soll an Stelle der jetzigen Regelung von 26 Wochen zwischen 13 bis 39 Wochen, entsprechend der gezahlten Beiträge, schwanken. Die Unterstützung der Kurzarbeiter soll von der Höhe ihres Lohneinkommens abhängig gemacht werden.

Die Aufwendungen für die Krisenfürsorge sollen aufgebracht werden durch eine Gemeindeabgabe von 4 Pence die Woche und Beschäftigten, wozu der Staat für 1933 einen Zuschuß in Höhe von 58 Millionen Pfund leisten soll. Der Minderheitsbericht will den Unterschied zwischen Arbeitslosenunterstützung und Krisenfürsorge beseitigen und eine allgemeine Unterstützung für alle Arbeitslosen durchführen, die zum Teil aus Beiträgen, zum Teil aus Staatszuschüssen finanziert werden soll.

## Lichtstrahlen

Nach Schweden hat jetzt auch Dänemark Parlamentswahlen gehabt. Es ist sehr bezeichnend, daß die Folkethingswahl vom 16. November der bisherigen Regierung, die von Sozialdemokraten geführt wurde, einen bemerkenswerten Sieg gebracht hat. Die Sozialdemokraten konnten ihre Stimmenzahl um 67 000 vermehren. Die Kommunisten hatten ebenfalls Erfolge zu verzeichnen, doch brachten sie es nur auf 17 000 Stimmen. Die bisherige Koalition, Sozialdemokraten und Demokraten, wird also auch in Zukunft die sichere Mehrheit haben. Dieser staunenswerte Erfolg der Regierung ist nicht zuletzt dem Ministerpräsidenten Stauning zu verdanken. Vor allem aber zeigt diese Parlamentswahl, ähnlich wie die in Schweden, daß in demokratischen Ländern das Volk seine Reife bewahrt hat und der Partei seine Stimme gibt, die schon seit längerer Zeit ihre Zuverlässigkeit erwiesen und durch praktische Tätigkeit Erfolge erzielt hat.



„Was ich bin und was ich habe, Dank ich dir, mein Vaterland.“

